

Nicht mehr oben 2
Soziale Probleme im Bezirk

Neue Stolpersteine 3
Reinickendorf gedenkt

Bilanz und optimistischer Ausblick

WiR sprach mit dem Vorsitzenden der LINKEN. Reinickendorf,
Yusuf Dogan, über das vergangene und die Pläne für das neue Jahr

Yusuf, wie fällt Deine Jahresbilanz hier in Reinickendorf aus?

Ein ganzes Jahr schönreden a la Merkel und Schröder? Nein, danke! Aber ich muss gestehen, dass dies bei einer Jahresbilanz wohl unumgänglich ist. Ich glaube, wir können in Reinickendorf auf ein erfolgreiches und vor allem ereignisreiches 2007 zurückblicken. Es wird uns als ein Jahr der mutigen Entscheidungen in Erinnerung bleiben. Der Bezirksverband hat einen jungen und zum Teil unerfahrenen Vorstand gewählt, der schon einige Dinge in Angriff genommen hat, die uns zu Jahresbeginn wohl so manch einer nicht zugetraut hätte. 2007 war auch das Jahr, in welchem wir die vielleicht historische Fusion von Linkspartei, PDS und WASG endlich besiegeln konnten und dabei die Höhen und Tiefen miterlebten.

Wie macht die neue Partei im Bezirk auf sich aufmerksam?

Es gibt drei Arten von Werbung: laute, lautere und unlautere. Laut sind wir schon, denn die Gründung unserer Partei hat viel Zustimmung, aber natürlich auch Erwartungen ausgelöst. Wir fühlen uns „jung, dynamisch & sexy“ – und das wirkt, hoffentlich nachhaltig! Es liegt nun an uns, den Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürgern nachzuweisen, dass wir, unseren Möglichkeiten entsprechend, im Stande sind, im Bezirk auch etwas zu bewegen.

Lauter gilt es aber auch zu werden – nicht zuletzt durch unsere neu gewonnenen Mitglieder. Wir wollen die anhaltende Welle der Euphorie auch in das neue Jahr hinein tragen, um den Menschen unsere Ideen, politischen Vorstellungen, aber auch

unsere Visionen nahe zu bringen. Der letzten und etwas anderen Form der Werbung, angestoßen durch „Werbemarionetten“ wie Stoiber und Westerwelle, hat sich inzwischen auch die Reinickendorfer Junge Union angeschlossen, um DIE LINKE. bei jeder Möglichkeit von rechts her „anzuschwärzen“. Ich denke, bessere Werbung für uns gibt's doch nicht, oder?!

Gibt es besondere Schwerpunkte für 2008?

Ja, sie sind vielfältig und zum Teil vorgegeben. Das politische Agieren der selbsternannten Reinickendorfer-Partei CDU und auch das der Bürgermeisterin, Frau Wanjura, setzt Fragen nach der Verteidigung demokratischer Strukturen immer wieder auf die Tagesordnung. Mehr Bürgernähe, größere Transparenz politischer Entscheidungen und nicht zuletzt aktive Einflussnahme darauf sind Themen, die wir immer wieder mit unseren Mitteln in die BVV tragen. Da lassen wir auch nicht nach.

Ebensowenig in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Lasse ich die zwei NPD-Großveranstaltungen in Reinickendorf Revue passieren, so wird klar, manche haben nichts dazu gelernt. Wir dürfen den antifaschistischen Kampf nicht in Vergessenheit geraten lassen und müssen uns alten und neuen Nazis weiter entgegenstellen. In Reinickendorf, überall.

Nicht zuletzt werden wir immer wieder die soziale Frage stellen. Gerade die aktuelle populistische Diskussion um Jugendkriminalität, angestoßen natürlich von den „christlichen Demokraten“, macht deutlich, dass hier eine Hauptaufgabe

linker Politik liegt. Die Experten betonen immer wieder: das Gewaltproblem resultiert aus der sozialen Herkunft, hängt nicht von Nationalität oder Hautfarbe ab. Mehr und bessere Bildung für alle, nicht Auslese in früher Jugend, das ist die alles umspannende Forderung.

In all diesen Bereichen werden auch wir jedes Jahr mehr zu lernen haben als im Jahr zuvor. Das ist spannend und hoffentlich für immer mehr Menschen attraktiv.

Hast du dir einen neuen Vorschlag gefasst?

Nein! Es gibt bereits alle guten Vorsätze, wir müssen sie nur noch umsetzen! Persönlich werde ich mich aber in diesem Jahr verstärkt meinem Studium widmen, diese Zeit muss neben der Politik da sein.

Danke, Yusuf, und viel Erfolg.



Reinickendorf nicht mehr „oben“

Soziale Probleme auch im Fuchsbezirk

Im November 2007 veröffentlichte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Kurzfassung der Fortschreibung des Monitorings „Soziale Stadtentwicklung“ Berlin für den Zeitraum 2005/06.

Eine Große Anfrage der Grünen in der BVV fragte nach dem Handlungsbedarf auf Grund der Ergebnisse. Frau Petters (Grüne) und Frau Hiller-Ewers (SPD) hatten, dies wurde in der Diskussion deutlich, keine Freude daran, Recht behalten zu haben. Während die CDU bis vor kurzem Reinickendorf „ganz oben“ feierte, warnten beide schon vor Jahren, dass dieses Bild trügen würde - wofür sie sich von Bürgermeisterin Wanjura (CDU) auch noch beschimpfen lassen mussten.

Die sozialen Probleme im Märkischen Viertel und im Süden des Bezirks waren schon länger sichtbar. Nur durch den gutsituierten Norden kam Reinickendorf zuletzt im Ranking der

Bezirke auf den zweiten Platz. Heute steht der Bezirk an siebter Stelle.

SPD, Grüne und die Einzelverordnete der PDS scheiterten in der vergangenen Wahlperiode stets an der CDU mit ihren Anträgen, diese Kieze gezielt zu fördern (z.B. ein Quartiersmanagement für Reinickendorf Ost). Die neuen Zahlen führten zu Ernüchterung bei der CDU. Als Hauptursache wird die Arbeitslosigkeit gesehen. Der Abwärtstrend konnte nicht gestoppt werden, weil es weitere Zuzüge sozial schwacher Familien in diese Gebiete gab, wofür auch die Belegungspraxis der Gesobau mitverantwortlich gemacht wird. Inzwischen herrscht Einigkeit, dass etwas getan werden muss. Haushaltsmittel sollen umverteilt und gezielt für die gefährdeten Kieze ausgegeben werden. Dazu müssen allerdings alle an einem Strang ziehen, Bund, Land und Bezirk, so Herr Schultze-Berndt (CDU-Fraktionsvorsitzender). Schnelle Lösungen wird es sicher nicht geben. *Lutz Dühr*

BVV-Splitter

14. Sitzung, 12.12.2007

Begonnen wurde wieder mit den Einwohnerfragen. Um Bürgerfreundlichkeit zu demonstrieren, soll das jetzt immer so gehalten werden. Die erste Frage hatte die **Abläufe und Genehmigungen von Baumfällungen** zum Thema. Nur bei größeren Maßnahmen werden die Anwohner informiert. Die zweite stellte der Bezirksvorsitzende der LINKEN, Yusuf Dogan. Er wollte einen Widerspruch bei der **Anwendung des Strabenausbaubeitragsgesetzes** (StrABG) in Reinickendorf zu den geltenden Übergangsregeln geklärt wissen. Baustadtrat Balzer (CDU) stellte klar, dass diese Übergangsregeln nur für Maßnahmen gelten, bei denen bei Inkrafttreten des StrABG die Ausschreibung bereits vollständig abgeschlossen war.

In der von der 13. Tagung übrig gebliebenen Großen Anfrage (GA) der SPD ging es um **Schulversäumnisse in Reinickendorf**. In Vertretung beantwortete Stadtrat Ruschin (CDU) die Frage, listete einen Katalog von Maßnahmen zur Vermeidung und Reintegration auf und bemängelte, dass manche Schulen die Schulsäumer erst sehr spät ans Schulamt meldeten. In jüngster Zeit geschieht dies früher. Die Diskussion mündete in gegenseitigen Schuldzuweisungen. Die GA wurde in den Schulausschuss überwiesen.

Die erste GA der 14. Tagung hatte die CDU mit dem Titel **„Reinickendorf für den Flughafen Tempelhof“** versehen. Tatsächlich wurden technische Details der **Vorbereitung und Umsetzung des Volksbegehrens zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof** seitens der Senatsverwaltung und es Bezirksamtes erfragt. In seiner Antwort kritisierte Stadtrat Ruschin (CDU) die schleppende Vorbereitung seitens des Senats. Vor allem das Fehlen eines Ausführungsgesetzes erschwerte die Umsetzung des Volksbegehrens. Die vom Stellenpool angeforderten Personalkräfte wären erst spät und zu knapp bewilligt worden. Die CDU warf dem Senat ein Blockieren des Volksbegehrens vor, ohne auf dessen Inhalt einzugehen. Auch die FDP verteidigte dessen Intention. Hingegen warfen SPD und Grüne CDU und FDP vor, scheinheilig zu agieren, weil die Bürger nicht aufgeklärt werden, worüber sie tatsächlich abstimmen. Am Ende wurde die Einrichtung eines mobilen Bürgerbüros für Reinickendorf beschlossen. *L.D.*

Neben Tempelhof nun auch noch Tegel?

Sein Herz schlage für den Flughafen Tegel, erklärte Finanzsenator Sarrazin (SPD) vor dem CDU-Wirtschaftsrat. Er habe - wie in der Berliner Zeitung am 13. Dezember 2007 zu lesen war - großes Verständnis für jene, die den Konsensbeschluss von 1996 im Hinblick auf Tegel für falsch halten.

Zu den ganz und gar nicht nostalgischen Äußerungen des Senators entgegnet Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender der LINKEN. Reinickendorf (Auszug):

Herzlichen Glückwunsch, Herr Sarrazin! Wollen Sie neben dem gegenwärtigen politischen Theater der CDU um Tempelhof nun ein weiteres Spektakel um Tegel? Geben Sie Ihrem Affen wieder einmal zu viel Zucker? Wer dem Unternehmerflügel nach dem Mund redet, der verliert zwangsläufig den Blick für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. 400 000 Reinickendorfer, Pankower und Spandauer in der Einflugschneise des Flughafens Tegel mit seinen potentiellen Sicherheitsgefahren, unzumutbaren Lärm- und Umweltbelastigungen warten seit langem darauf, dass Tegel endlich geschlossen wird.

Voraussetzung dafür ist aber, dass BBI in Schönefeld nicht gefährdet wird. Dazu gehört auch -

wie von E. Diepgen und Bundesverkehrsminister Wissmann (beide CDU!) im Konsensbeschluss festgeschrieben - die Schließung von Tempelhof. Die Logik des gegenwärtig laufenden Volksbegehrens ist für Reinickendorfer deshalb einfach:

Wer will, dass Tegel zugemacht wird, kann nicht für die Offenhaltung von Tempelhof sein.

Die Heuchelei von CDU und FDP, wie sie gerade erst wieder in unserem Bezirksparlament anklang, übersteigt das politisch Zumutbare.

Es ist jetzt an der Zeit, dass der Senat den Beschluss des Abgeordnetenhauses „Flughafenkonzept für Berlin umsetzen, Nachnutzung für Tempelhof und Tegel zügig konkretisieren“ ernst nimmt und einen breiten öffentlichen Diskussionsprozess unter Einbeziehung der angrenzenden Bezirke und der Bevölkerung Berlins ... , in Gang bringt.

Thomas de Maizière
(Kanzleramtsminister, CDU):

Wir sind uns mit dem Senat einig, dass nichts unternommen werden darf, was den Ausbau von BBI gefährden würde - rechtlich und wirtschaftlich.

Tagesspiegel,
6. Dezember 2007



Wider das Vergessen

Vierzehn neue Stolpersteine in Reinickendorf

Mittwoch, 12. Dezember 2007. Seit 9.00 Uhr finden Fußgänger in der Hermsdorfer Schloßstraße vor dem Haus Nr. 1 zwei blanke Messingtafeln auf Betonquadern in den Gehweg eingelassen. *Stolpersteine*. Verlegt hat sie Gunter Demnig. Sie sind seine Idee und seine Initiative. Europaweit mehr als 12 500 seit 1997. *Zwölftausendfünfhundert!*

Jeder Stein ein Name, ein Mensch, ein Schicksal, dem Vergessen entrissen.

Falkenthaler Steig 16 war nach der Schloßstraße die nächste Station, ehemals ein jüdisches Zentrum, Kinderheim und Synagoge. Eine Tafel soll, dem Vernehmen nach, dem Vernehmen nach, demnächst daran erinnern.

Vier Steine. Weitere in der Berliner Straße, Herbsteiner Straße, Feuerweg, Nordbahnstraße.



Schon vor geraumer Zeit haben Leute, (wahrscheinlich solche, die es nötig haben) die Formel gefunden, man möge doch endlich die Vergangenheit ruhen lassen. Klingt sogar irgendwie einleuchtend. Legt nahe: Kümmert euch lieber um gegenwärtige Probleme! Aber genau darum geht es ja. Geschichte ist nicht abstrakt, die Beschäftigung mit ihr kein Selbstzweck, sondern gerichtet auf Gegenwart und Zukunft. Und die Neonazis sind verdammt gegenwärtig. Aufpassen müssen wir, dass sie nicht auch zukünftig werden. Man lese die täglichen Nachrichten! Hakenkreuze auf jüdischen Friedhöfen, an Synagogenmauern, Überfälle auf Fremde oder nur fremd Erscheinende, Brutalität, Menschenverachtung. Es kommt schon vor – viel zu selten aller-



Text und Fotos:
Werner Wüste

dings – dass jene aus der sogenannten Mitte, die es zunächst für klug hielten, den Rechten Raum zu lassen, jetzt erschrecken.

Goethes Zauberlehrlinge: „Die ich rief, die Geister, werd´ ich nun nicht los!“ Nur, dass kein Meister kommen wird, den Spuk zu bannen. Das müssen wir schon selber tun.

www.
stolpersteine.
com

Nach Stalingrad kam für uns Lübars...

Am 15. Februar 1943, also vor 65 Jahren, ging für etwa fünfzig 16 – 17jährige Schüler des Lessing-Gymnasiums in Berlin-Wedding die Schulzeit faktisch abrupt zu Ende, als wir, mit einem Persilkarton in der Hand, den Hügel am Ortsausgang von Lübars hinaufgingen. Dort, wo heute ein Freizeitpark friedfertigen Menschen Erholung ermöglicht, stand damals die 1. Batterie der schweren Flakabteilung 154, deren Stab sich in Frohnau befand. Der nach der Niederlage der faschistischen Wehrmacht bei Stalingrad verkündete ‚totale Krieg‘ ließ uns zu Kindersoldaten werden, die Ältere zum Einsatz an der Front abkömmlich machen sollten. Auch russische Kriegsgefangene gab es hier, die durch den Hunger in den Lagern zu HiWi's (Hilfswilligen) der Wehrmacht gemacht wurden. Beim Gefechtsschießen mussten sie Granaten schleppen und sonst hatten sie die unangenehmen Arbeiten zu erledigen (z. B. Latrinen säubern, Erdwälle schippen usw.).

Die Grundausbildung begann neben dem meist auch psychisch erniedrigenden Drill mit dem Einü-

ben von Bewegungsabläufen an Geräten und Geschützen. Die Vortragenden der theoretischen Unterweisungen zur Heeresdienstvorschrift (HDV) und zur Flak-Schießlehre hatten fast nie das didaktische und rhetorische Format unserer Lehrer. Dafür ließen sich die simplen Formulierungen ihres Stoffes viel besser lernen und behalten, als mathematische Formeln und lateinische Verben. Diesen entgingen wir aber nicht, denn nach zwei Monaten wurden uns wieder 18 Wochenstunden Schulunterricht erteilt, und zwar in der nicht mehr bestehenden Gaststätte ‚Zum lustigen Fink‘ am Fuße unseres Hügels. Wir sollten wenigstens formal für ein Notabitur im Sommer 1944 vorbereitet werden. Die Sprachen des „Feindes“ (englisch und französisch) waren allerdings im reduzierten Lehrprogramm nicht mehr enthalten.

Lasst uns doch alle gesellschaftlichen Systeme ... zu allererst draufhin untersuchen, ob sie ohne Krieg auskommen.

Bertolt Brecht, 1951

Ab Sommer 1943 nahmen die Luftangriffe der Alliierten auf Berlin zu. Wenn wir danach nachts den Himmel über dem Norden Berlins rot leuchten sahen, machten sich alle begründete Sorgen um ihre dort lebenden Eltern und Geschwister.

Der Weg nach Hause vom Bahnhof Waidmannslust führte uns über den Zabel-Krüger-Damm. Hier hatte der Vater unseres Mitschülers Klaus Mühlfelder (Dr. Simon M.) bis 1938 als praktischer Arzt gewirkt. Dann stufte man ihn als ‚Krankenbehandler für Juden‘ ein. Seine nichtjüdische Ehefrau ersparte ihm das Schlimmste und ermöglichte dem Sohn den Schulbesuch wenigstens bis 1943.

Etwa 1975 traf ich auf einem internationalen Kongreß einen Engländer, der mir erzählte, dass er als RAF-Pilot an Flügen gegen Berlin beteiligt war. Ich sagte ihm, dass ich dabei von unten auf ihn geschossen habe. „It has been quite hot above Berlin“ war sein Kommentar. Und wir waren beide froh, daß keiner den anderen getroffen hatte. Wir fanden uns nämlich sehr sympathisch.

Prof. Dr. Kurt Franke

Prof. Dr. Kurt Franke, Jg. 1926, 1964 bis 1991 Chefarzt der Chirurgischen Klinik im Städtischen Krankenhaus Berlin-Pankow, Sporttraumatologe („Knie-Franke“)

jüngste Veröffentlichungen: *Chirurg am linken Ufer der Panke* (Erinnerungen, 2002), *Jüdische Ärzte in Berlin* (mit Anneliese Franke, Helle Panke, 2003), *Moritz Katzenstein* (2006, Bd.35, Jüdische Miniaturen)

Warum DIE LINKE?

Die Schere zwischen Arm und Reich wird in Deutschland täglich größer. Dies widerspricht sowohl meinen christlichen als auch meinen sozialistischen Idealen. Denn meiner Ansicht nach passen Marx und Jesus wohl zusammen. Eine Folge der sozialen Ungleichheit ist der Anstieg der Jugendkriminalität. Solange die Politik nur an den Symptomen labort, wird sich nichts ändern. Kinder sind unsere Zukunft; sie brauchen eine Chance.

Ich bin in Franken (Bayern) aufgewachsen, dort gab es damals mehr Sozialismus als heute. Eine Staatliche Post und Bahn, ein freies

Studium ohne Studiengebühren, keine Praxisgebühr, keine Zuzahlungen für Zahnersatz und Brille. Damals wurde dies Soziale Marktwirtschaft genannt - der Name ist für mich unwichtig, entscheidend ist was getan wird.



Jeder Mensch hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein. Die Kinderarmut ist in Deutschland größer als in anderen EU-Ländern, darum bin ich auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen und hoffe, in der LINKEN kann ich – zusammen mit Anderen – ein bisschen bewirken, um dem näher zu kommen.

Martin Végh, Mathematiker, 47 Jahre

Am Rande Kritisches Dankeschön

Lieber Herr Schruoffenegger, mit Erstaunen (und ich gestehe: nicht ohne Stolz) habe ich im Protokoll der Haushaltsberatungen des Abgeordnetenhauses am 6. Dezember gelesen, dass Sie in Ihrer Rede für Bündnis90/Die Grünen aus zwei Artikeln unserer Dezember-Ausgabe zitiert bzw. darauf Bezug genommen haben. Mehr noch - unsere Bezirkszeitung als „wirklich lesenswert“ zu bezeichnen, nehme ich als großes Lob zur Kenntnis. Ich verspreche größtes Bemühen, Ihnen diese Qualität auch in unseren weiteren Ausgaben zu bieten. Und sei es auch nur, wie bei Ihnen geschehen, als polemische Argumentationshilfe.

Stehe ich kommerzieller Werbung als Konsument eher skeptisch gegenüber, so sehe ich jene in eigener Sache, noch dazu vom politischen Konkurrenten bewusst gefördert, gleich im ganz anderen Licht. Dafür will ich mich bedanken.

Es wird Sie nicht überraschen, dass ich in der Deutung der Ihrerseits zitierten Überschriften teils andere Auffassungen habe. Dies gilt im Besonderen für Ihre Polemik zum Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Eine Partei, die durch die „Hartz-Gesetze“ eine vergleichsweise Lohndumpingrallye und Prekarisierung mit zu verantworten hat, sollte sich hier zurückhalten - auch wenn die Mehrheit Ihrer Basis inzwischen zurückrudern will. Vielen Menschen bleibt daher leider, dank Grüner Politik auf Bundesebene, nur die vielleicht letzte Hoffnung auf den ÖBS. Da kommt dieser Teil Ihrer Rede wie Hohn daher.

Ungleich mehr gäbe es zum Thema „Widerstand organisieren“ und „Systemfrage“ zu sagen. Dafür fehlt leider der Platz. Last but not least, für manchen sind Namen Schall und Rauch. Aber „WiR“ ist die Zeitung von DIE LINKE. Reinickendorf. Diese Sorgfalt gehört bei aller Eile zum korrekten Zitieren. Jedenfalls beim nächsten Mal?!

Mit freundlichem Gruß,
Jürgen Schimrock, Chefredakteur

Termine

... im Roten Laden:
28. Januar, 18 Uhr, offene **Mitgliederversammlung** der LINKEN. Reinickendorf; Thema: Aufgaben und Ziele für 2008.

Noch bis zum 5. März: **Ausstellung**: Malerei von Eberhard Ugowski

Einladung zum Kulturworkshop

am 23. Februar 2008 im Roten Laden

- 14 Uhr - Aktions- und Straßentheater damals und heute, Rückschau auf Agitprop-Theater vor 1933, sowie auf politisches Straßen- und Aktionstheater in den 50er Jahren bis heute.
- 15 Uhr - Von der Idee zur Darstellung, Texte erarbeiten, Szenen entwerfen und inszenieren
- 16 Uhr - Pause mit Kaffee und Kuchen
- 17 Uhr - Gruppenarbeit, ein 3 Minuten-Stück erarbeiten und präsentieren
- 18 Uhr - Auswertung und Planung: Kann ein Straßen- und Aktionstheater fester Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit werden? Diskussion über Chancen und Möglichkeiten
- 19 Uhr - Abschluß und Ausklang bei Essen und Trinken



Anmeldungen bitte bis 20. Februar 2008 im Roten Laden



Zu Gast im Roten Laden waren am 12. Dezember die Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Norman Paech (LINKE) und Detlef Dzembritzki (SPD) zum Streitgespräch.

Bitte vormerken: **14. Februar, 19 Uhr, Teheran – Bagdad – Ramallah. Der Nahe Osten nach Annapolis.** Referent: Prof. Dr. Klaus Timm, Berlin / Tel Aviv.

Impressum
Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE. Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel
Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
redaktion@die-linke-reinickendorf.de